



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Az. 924.00-33

Drucksachen-Nr. XIX/1183
18.04.2013

Antrag

- öffentlich -

nach § 15 der GO

der BAbg. Jersch, Heilmann, Yildiz - Fraktion DIE LINKE
der BAbg. Lühr – Fraktion Grüne

Beratungsfolge	am	TOP
Bezirksversammlung Bergedorf	25.04.2013	13.3.2

Fracking (LINKE, Grüne) – geänderte Fassung

Sachverhalt:

In mehreren Veranstaltungen, zuletzt in der Sondersitzung des Regionalausschusses, wurde im Bezirk Bergedorf über die vom LBEG (Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie) erteilte Aufsuchungserlaubnis für Kohlenwasserstoffe im Erlaubnisgebiet 'Vierlande' diskutiert. Auf Grundlage dieser Diskussion erscheint nunmehr klar, dass ExxonMobil die genehmigten Untersuchungen mit dem Ziel führt, u.a. im Bezirk Bergedorf fündig zu werden und bei der Förderung des Bodenschatzes erforderlichenfalls auch das sog. Fracking anzuwenden.

Die Diskussionen im Bezirk und in Hamburg und die mittlerweile immer mehr publik werdenden Erfahrungen in anderen Ländern lassen an der Beherrschbarkeit dieser Bohr- und Fördertechnik mehr als nur Zweifel aufkommen. Nicht nur in Nordamerika, auch in Niedersachsen gibt es schon z.B. Gebäudeschäden durch Erdbeben in Gasförderfeldern oder auch mit Benzol, Quecksilber etc. kontaminiertes Erdreich und Grundwasser mit den davon ausgehenden Gesundheitsgefahren. Die Folgen für die Umwelt, die Bevölkerung, aber auch die Infrastruktur sind nicht absehbar und nachweislich nicht vollständig beherrschbar.

Zeitgleich ist der Bezirk Bergedorf aktiv für die Energiewende. Mit dem Repowering will der Bezirk die Abkehr von Atomkraft und dem Schrottreaktor in Krümmel unumkehrbar machen und seinen Beitrag für die Nutzung regenerativer Energien leisten. Eine Steigerung der Förderung fossiler Brennstoffe ist diesem Ziel diametral entgegengesetzt.

Beschlussvorschlag:

Die Bezirksversammlung Bergedorf lehnt Fracking auf dem Gebiet des Bezirks ab.

Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen (BWVI, BSU, Bürgerschaft, Senat) dafür einzusetzen, dass bereits festgestellte und ggf. weitere öffentliche Interessen angemessen berücksichtigt, das heißt, als schwerwiegende Versagensgründe eines absehbar beantragten Förderbewilligung nach § 8 BBergG herangezogen werden.

Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, sich beim Senat der FHH dafür einzusetzen, dass Hamburg sich Initiativen im Bundesrat zum Verbot des Frackings anschließt und ggf. selber tätig wird.

Der Bezirksamtsleiter wird aufgefordert, sich bei den Nachbarländern Hamburgs für ein Fracking-Moratorium in den Einzugsgebieten der Hamburger Trinkwasserversorgung einzusetzen.

Anlage/n:

ohne Anlagen